

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Vertrieb täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Ausgabe A.: Mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.
Ausgabe B.: Ohne illustrierte Beilage vierteljährlich 1,90 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M. — Einzel-Nr. 10 P. — Zeitungspostamt Nr. 6852.

Anzeigen werden bei der Redaktion oder bei den Vertriebsstellen mit 15 P. pro Zeile und 50 P. die Zeile berechnet, bei Wiederholungen auf besonderen Abmach.
Verleger: Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Wilsdruffer Straße 43. — Fernsprecher 1360
Für Rückgabe unverlangt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Die besten
Erfrischungs-Bonbons
1/4 Pfund 15 und 20 Pfennige,
unentbehrlich auf Reisen und Ausflügen, erhalten Sie bei:
Gerling & Rockstroh, Dresden.
Niederlagen in allen Stadtteilen. 1481

Keine neuen Steuern!

Aus durchsichtigen Gründen wird in einem Teile der Presse der Ruf nach neuen Steuern erhoben. Manche wollen schon wissen, daß abermals 250 Millionen Mark Reichsteuern neu gefordert werden sollen. Es gehört viel Phantasie dazu, um solche Behauptungen niederzuschreiben, weil kein verantwortlicher Staatsmann die Hand zu einer Neubelastung bieten könnte. Man schaue nur einmal ein Jahrzehnt zurück und stelle zusammen, was seit 1905 dem deutschen Volke an neuen Abgaben öffentlicher Art in diesem Zeitraum auferlegt worden ist:

1. durch den neuen Zolltarif (geschätzt)	70 Mill. Mk.
2. „ die Finanzreform von 1906	140 „ „
3. „ „ „ 1909	435 „ „
4. „ „ Erhöhung der Steuern in den Einzelstaaten (geschätzt)	200 „ „
5. „ „ Erhöhung der Gemeindesteuern (geschätzt)	200 „ „
Zusammen 1045 Mill. Mk.	

Wenn in dieser Rechnung auch einzelne Posten schwankend sind, so ist es doch nicht zu hoch gegriffen, daß die Steuern und Zölle aller Art um eine Milliarde in die Höhe gegangen sind. Selbst wenn man die jährliche Zunahme des deutschen Volksvermögens auf drei Milliarden schätzt, so ist eine Aufzählung derselben von 33 1/2 Prozent ein höchst bedenkliches Zeichen und muß sich im Wirtschaftsleben geltend machen. Selbst wenn die neuen Steuern nur die „oberen Zehntausend“ treffen würden, müßte eine Rückwirkung eintreten. Aber zu diesen öffentlichen Lasten treten noch die bevorstehenden sozialen Mehrkosten, wobei die laufenden Mehrausgaben gar nicht berücksichtigt sind, als solche kommen in Betracht:

1. Kosten der Reichsversicherung (einschl. Versicherungsämter) mit rund	200 Mill. Mk.
2. Kosten der Privatbeamten-Versicherung (geschätzt bei 2 Millionen Versicherten zum Durchschnittsgehalt von 2500 Mark und 8 Prozent Beiträgen)	400 „ „
Also soziale Neulast 600 Mill. Mk.	

Wenn die amtlichen Denkschriften auch etwas niedrigere Zahlen angeben, so nähert sich doch die gesamte Mehrbelastung seit 1905 der Summe von rund 1600 Millionen Mark pro Jahr. Das sind solche erschreckende Zahlen, daß nur eine Notlage oder Staatsnotwendigkeit eine Erhöhung der Reichsteuern rechtfertigen könnte. Man muß alle diese Mehrausgaben zusammenrechnen, weil es für den Gewerbetreibenden, Landwirt usw. ganz gleichgültig ist, unter welcher Firmierung die einzelnen öffentlichen Abgaben erhoben werden und weil in den weitesten Volksschichten der Gedanke Raum gewinnt, daß es in dem Tempo der letzten fünf Jahre nicht mehr weiter gehen kann, falls das Reich gesund und kräftig bleiben soll.

Ist nun die Schaffung erhöhter Reichseinnahmen eine unaufschiebbare Notwendigkeit? Mit nichten; es soll gar nicht bestritten werden, daß der Reichsschatzsekretär mehr Geld los werden könnte, wenn er solches hätte. Aber die Regierung hat dem deutschen Volke in feierlichster Weise Sparsamkeit zugesagt. Wie steht es mit der Einlösung dieses Wortes? Die Reichsfinanzen sind geordnet und es ist keine Erleichterung zutage getreten, die das Gegenteil erkennen ließe.

Das Jahr 1909 hat mit einem etatmäßigen „Ueber-schuß“ von 100 Millionen Mark abgeschlossen. Leider ist es nur ein rechnungsmäßiger Ueber-schuß; denn in Wirklichkeit hat sich nur der tatsächliche Fehlbetrag von 240 Millionen auf 140 Millionen Mark ermäßigt. Immerhin kann eine erfreuliche Besserung der Finanzen konstatiert werden. Wenn der neueste Aprilausweis ein weniger günstiges Bild gibt, so braucht man noch nicht nervös zu werden. Der erste Monat des Etatsjahres ist noch nie entscheidend gewesen und schneidet in der Regel schlecht ab. Eine neue Reichsfinanzreform kann sich nicht auf den Wechselstufen eines Monats aufbauen. Es soll gar nicht geleugnet werden, daß es Schwierigkeiten bereiten wird, den Etat für 1911 im Gleichgewicht zu erhalten; die Ursache hierfür ist in erster Linie in der Liquidation der Blockschulden zu suchen, die alljährlich mit 50 Millionen Mark einzusetzen sind. Erst 1913 ist die Schuld getilgt; dann wird diese Summe frei und man hätte Steuern auf Vorrat. Die im Herbst zu erwartende Verabschiedung der Wertzuwachssteuer bringt auch eine kleine Erleichterung und ebenso das neue Kollisionsgesetz mit der Kontingentsabgabe.

Wer unsere Reichsfinanzreform kennt, der wußte schon lange, daß das Jahr 1911 das kritische sein wird, da die

neuen Steuern noch nicht voll fließen, aber neue Ausgaben (Abbildung der Matrifularbeiträge, Erlöschen des Reichsinvalidenfonds, Zunahme der Flottenkosten, Anwachsen der Zinsen und Tilgungsabgabe) hinzutreten werden. Nach 1911 sind wir über den Berg. Daher ist der Ruf nach neuen Steuern sachlich ganz unbegründet und nur parteilich-tischen Erwägungen entsprungen. Das deutsche Volk hat jetzt ein Anrecht darauf, eine kleine Ruhepause zu genießen, denn sonst geht ihm der Atem aus, ehe die höchste Kraftleistung gefordert wird, und das kann kein Staatsmann herbeiführen helfen.

Zum Schulkampfe.

Aus dem Berichte des „Meißner Tagebl.“ über die letzte Diözesanversammlung der Eparchie Meissen geht hervor, daß die Reformbestrebungen des Sächsischen Lehrervereins scharfen Widerspruch seitens des Superintendenten und des größten Teiles der Versammlung erfuhr. Das ist um so bemerkenswerter, da gerade auch im Meißner Epichoralbezirke mehrere protestantische Geistliche auf der Seite der Waidauer Thesen stehen dürften. Tatsächlich haben sich auch auf der Versammlung drei Geistliche gegen die Resolution ausgesprochen, die folgenden Wortlaut hatte:

„Die Beschlüsse und Vorschläge der Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins vom 3. Januar d. J. wegen künftiger Gestaltung des religiösen Memorierstoffes haben in den Kirchengemeinden tiefe Verwirrung und die begründete Befürchtung hervorgerufen, es werde mit dieser alles Maß überschreitende und von der Schrift des Evangelisch-lutherischen Schulvereins („Was soll aus dem Katechismus werden“ usw.) treffend gekennzeichnete Bescheidung des religiösen Lernstoffes unseren Kindern eine empfindliche Schädigung an den für das Leben ihnen mitzugebenden Glaubenssätzen zugefügt werden. Die heute versammelte Diözesanversammlung legt gegen diese bedenklichen Vorschläge entschiedene Verwahrung ein, erhofft sich ihre Ablehnung durch alle hierfür maßgebenden Kreise und richtet an die vielen Lehrer auch unserer Eparchie, die jene Vorschläge nicht billigen, die dringende Bitte, dieselben in ihren Vereinen und sonst offen und mutig zu bekämpfen und so auch an ihrem Teile zur Erhaltung der konfessionellen evangelischen Volksschule, zur Sicherung eines klaren, lebendigen, fruchtbringenden Religionsunterrichtes und zu friedlicher gemeinsamer Arbeit von Kirche und Schule an der Wohlfahrt unseres Volkes beizutragen.“

Vor Einbringung dieser Resolution, die gegen drei Stimmen angenommen wurde, sprach Kirchenrat Superintendent Grieshammer von den Reformbestrebungen des Sächsischen Lehrervereins zur Neugestaltung des Religionsunterrichtes und des religiösen Memorierstoffes. Er führte ungefähr aus: In treffender und anschaulicher Weise zeigt der „Katechismus“, daß alle Sprüche, die die großen Heilstaten Gottes in Christo verkünden, als „dogmatisch“ gestrichen werden sollen. Ebenso aufregend ist die Art, wie in der Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins über Gottes Wort gesprochen worden ist; höchst bedenklich ist auch die Forderung, daß regelmäßiger Religionsunterricht erst vom fünften Schuljahre an erteilt werden soll. Wenn Lernstoff gekürzt werden soll, warum nur der religiöse? Man sagt: Luther habe den Katechismus nicht für Kinder geschrieben; haben Goethe und Schiller für die Kinder geschrieben? Es muß alles daran gesetzt werden, den konfessionellen Religionsunterricht in der Schule zu erhalten; es ist doch auch nicht die ganze Lehrerschaft, die hinter den radikalen Führern des Lehrervereins steht! Die Bitte müssen wir an unsere Lehrer, die mit den Bestrebungen dieser Führer nicht einverstanden sind, richten, daß sie ihnen offen die Gefolgschaft kündigen und sich regen.

Ein ländlicher Kirchenvorsteher bemerkte in der Debatte, verschiedene Aeußerungen, wie sie in der Dresdner Vertreterversammlung gefallen seien, ließen auf ein ziemliches Maß von Unreife schließen; die Herren, die so abfällig über Sprüche und Wiederverse geurteilt, müßten noch nicht erlebt und erfahren haben und den Wert des Gotteswortes und des evangelischen Liedes noch nicht kennen. Mehrere Redner wiesen darauf hin, daß die radikale Lehrerschaft den Fehdehandschuh hingeworfen habe; daß es gegenüber den radikalen Forderungen kein Nachgeben, keine Kompromisse geben könne, daß die Schuld allerdings nicht nur die Lehrer, sondern auch die „modernen“ Theologen treffe. Schulrat Dr. G e l b e erklärte, er wolle zur Verhütung — die Debatte hatte, wie das „Meißner Tagebl.“ berichtet, ziemlich erregten Ton angenommen — feststellen, daß der alte Lehrplan noch in Kraft sei und der Katechismus noch seine Gültigkeit habe. Man solle zu den obersten Schul- und Kirchenbehörden das Vertrauen haben, daß der religiöse Lernstoff erhalten werde. Kantor Fleischer gab im Namen der als Gäste anwesenden Kirchschullehrer die Erklärung ab: Da weder Schule noch Kirche den Memorierstoff festzusetzen hat, auch alles daran gelegen sein muß, den Frieden herzustellen, verzichten die anwesenden Lehrer auf Klarlegung der Stellung des Lehrervereins. Daß diese Erklärung vom Standpunkte der zu den Waidauer Thesen haltenden Lehrer aus gesprochen wurde, scheint uns klar zu sein; eine Stellungnahme gegen die Tendenzen des Lehrervereins scheint sie wenigstens nicht darstellen zu wollen.

Jedenfalls dürfte es mit den Verhandlungen der Diözesanversammlung zusammenhängen, daß in den nächsten Tagen vom hiesigen Lehrervereine ein Elternabend veranstaltet wird, auf dem allen, die es hören wollen, klar gemacht werden soll, daß Religion und Katechismus durch die radikale protestantische Lehrerschaft keinen Schaden leiden sollen. Öffentlich wird sich auch auf dieser Versammlung die Opposition im Sinne des Evangelisch-lutherischen Schulvereins kräftig regen.

Politische Rundschau.

Dresden, den 31. Mai 1910.

— Die Verhandlungen im Bundesrat über die Schiffs-fahrtabgaben werden voraussichtlich in der Zeit vom 16. bis 18. Juni stattfinden. Man darf annehmen, daß es verhältnismäßig rasch gelingen wird, im Bundesrat eine Verständigung zu erzielen. Danach bleibt das Hauptboi-werk gegen die Benachteiligung Sachsens — der Widerstand Oesterreichs. Rag auch Sachsen durch die sicher bevorstehende Majorisierung genötigt sein, in den Verhandlungen eine möglichst Berücksichtigung seiner Wünsche durchzusetzen um eine Schädigung auf alle Fälle abzuwehren, so steht zu seiner Rückendeckung der Vertrag mit Oesterreich hinter ihm. Solche internationale Verträge werden aber nicht durch Majorisierung in Stücke zerissen; da müssen beide Teile einverstanden sein. Wie der Bundesrat und Reichstag über diesen Berg kommen wollen, ist zur Stunde noch ein Rätsel.

— Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis 4 (Frankfurt a. O.), Gymnasialprofessor Detto (natl.), ist am 30. Mai in Frankfurt a. O. an Lungenerkrankung gestorben. Detto vertrat den Wahlkreis Frankfurt a. O.-Lebus seit 1907. Er wurde gewählt mit 30434 Stimmen (28116), Sozi. 12388, Natl. 10070, Reichsp. 7722.

— Als nationalliberaler Kandidat im Wahlkreise Cannstatt-Ludwigsburg ist an Stelle Hebers Rechtsanwält Alt-Reutlingen aufgestellt worden.

— Sterbende Jugend. Unter dieser nicht lässigen Epigramme teilt die nationalliberale „Dortmunder Ptg.“ mit, daß in der letzten Zeit in der Provinz Westfalen folgende jungliberale Vereine eingegangen sind: Belsenkirchen-Schalke, Glinningfeld, Gamm, Herne, Hordhausen, Langendreer, Wattenfeld, Weimar und Witten. Das ist die Antwort der Großindustrie an die Jungliberalen.

— Ueber die Haltung des Zentrums in der Wahl-rechtsfrage urteilt die „Deutsche Tageszeitung“ (Nummer vom 28. Mai 1910) folgendermaßen:

„Am schärfsten standen sich wohl die Interessen des Zentrums und der Nationalliberalen in dem Wahlrechtsstreit gegenüber. Wie man aber auch sonst über die Taktik des Zentrums denken mag, in dieser Frage scheint sie uns einheitlich und natürlich gewesen zu sein. Das Zentrum hat bekanntlich die Einführung des geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts auch in Preußen als Endziel proklamiert; aber das Zentrum ist seiner ganzen Veranlagung nach am meisten geneigt und zugleich am meisten befähigt, eine Politik des Erreichbaren zu betreiben. Es war nun von Anfang an klar, daß das gleiche Wahlrecht diesmal auf keinen Fall, das geheime und direkte Wahlrecht zusammen bei der Haltung der Regierung und des Herrenhauses auch nicht zu erreichen war. Die geheime Wahl war naturgemäß das wichtigere unter den beiden erreichbaren Zielen; so lag von Anfang an für das Zentrum der Gedanke nahe, dieses große Zugeständnis an den demokratischen Gedanken zu erlangen, dem es in der Wahlrechtsvorlage grundsätzlich zuneigt. Sollte es in eine erhebliche Vergrößerung der Drittelsbezirke gewilligt, so würde es nicht nur seine Parteinteressen direkt in einer Reihe von Wahlkreisen geschädigt, sondern auch den Erfolg der Erreichung des geheimen Stimmrechts, der ihm bei seiner grundsätzlich radikalen Stellung zur Wahlrechtsfrage das Eingehen auf eine Abschlagszahlung möglich machte, zum guten Teile wieder aufgehoben. Ueberdies war es seit je ganz besonders für die kleinen Drittelsbezirke eingetreten. Nach seiner ganzen Stellung konnte man in dieser Frage darum ein erhebliches Entgegenkommen kaum von ihm erwarten. Die Taktik der Nationalliberalen dagegen war überaus widerspruchsvoll und ließ trotzdem nur zu deutlich erkennen, daß diese Partei sich nur von der reinen Mandatspolitik leiten ließ. Ihr Streben ging darauf aus, das Dreiklassensystem nach Möglichkeit zu durchbrechen und zu verewigern zugunsten derjenigen Volkskreise, in denen sie erfahrungsgemäß die meisten Chancen hatten. Einzelne Anträge, wie der bezüglich der Auswahl der Wahlmänner und der Fristwahl waren auf nichts anderes als auf die Förderung ihrer Agitation gerichtet. Am zweideutigsten aber war ihr Spiel in der Drittelsbezirksfrage. Deutlich ging ihr Hauptbestreben dahin, größere Stimmbezirke mit ihrer plutokratischen Wirkung zu erreichen.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.
— Ein Zentrumsblatt in Deutsch-Ostafrika sollte laut Mitteilungen in der Presse vor kurzem begründet worden sein. Eine Erklärung für die Entstehung dieser Nachricht